

Verba volant

Onlinebeiträge des Vorarlberger Landesarchivs
www.landesarchiv.at

Nr. 21 (10.09.2008)

Konfession contra Liberalismus

Historische Anmerkungen zu den Bregenzer Klösterjubiläen des Jahres 2004

Alois Niederstätter

Vortrag auf Einladung des Katholischen Bildungswerks am 18. Oktober 2004 in Bregenz. Alle Rechte beim Autor.

Heuer jährt es sich zum 150. Mal, dass die Wettinger Zisterzienser das ehemalige Benediktinerkloster Mehrerau bezogen und sich die Kongregation der Frauen von Sacré Coeur im Schösschen Riedenburg niederließen. Wir begehen das heute selbstverständlich als Bregenzer Klosterjubiläen, obwohl beide Institutionen damals nicht in Bregenz, sondern in der Gemarkung der bis 1919 selbständigen Gemeinde Rieden lagen. Vor hundert Jahren schließlich übersiedelten die Lauteracher Dominikanerinnen in die Villa Raczinsky nach Marienberg. Alle drei schufen namhafte Bildungseinrichtungen.

Vorarlberg in den Fünfzigerjahren des 19. Jahrhunderts: ein Land mit gut 100.000 Einwohnern, zwar noch agrarisch dominiert, aber bereits von der Industrialisierung erfasst – und damit in verschiedener Hinsicht deutlich moderner als Tirol, mit dem es zu einer Verwaltungseinheit verbunden war.

Die Revolution von 1848 lag nur wenige Jahre zurück. Während des Vormärz unter dem Regime Metternich hatte sich auch hier in der Provinz

ein hinreichendes Konfliktpotential angesammelt. Sowohl der österreichische Kaiserstaat wie das kleine Land Vorarlberg bekamen die Auswirkungen schwerer Wirtschaftskrisen zu spüren. Selbst die Ernährung der Bevölkerung war nicht gesichert. Der Staat reagierte auf die misslichen Verhältnisse mit der Erhöhung von Steuern und Abgaben, die weite Kreise der Bevölkerung empfindlich trafen. Eine strenge Zollpolitik lähmte den Wirtschaftsverkehr mit dem benachbarten Ausland.

Der Bürger spürte den Staat in erster Linie als strenge Obrigkeit. Spitzel unterrichteten die Behörden über die Befindlichkeit der Menschen, denunzierten Unruhe und vermeintliche Revolutionäre.

Der beträchtliche politische Druck, den die staatliche Obrigkeit ausübte, wurde umso schmerzlicher empfunden, als die Industrialisierung Vorarlbergs eingesetzt hatte und einen tief greifenden Strukturwandel bewirkte. Die bürgerlichen Spitzengruppen, in erster Linie die Fabrikanten, aber auch intellektuelle Kreise forderten Mitbestimmung in politischen Dingen, um ihre Interessen vertreten zu können.

Die Nachrichten vom revolutionären Geschehen im Ausland, vom Übergreifen der Revolution auf Wien, vom Sturz des Regimes Metternich wurden in Vorarlberg nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern sie lösten auch Reaktionen aus.

In Dornbirn ließ man die Republik hochleben, die Feldkircher Liberalen redeten sich nicht mehr mit „Herr“, sondern mit „Bürger“ an. Als die Revolution in Wien siegte, fanden in Feldkirch, Bregenz, Bludenz, Dornbirn, Götzis, Hard und anderen Orten Freudenkundgebungen statt. In Bregenz schlossen sich die Liberalen im „Patriotischen Verein der Volksfreunde“ zusammen, den seine klerikalen Gegner den „Heidenklub“ nannten, obwohl ihm auch ein Priester angehörte.

Die Obrigkeit fürchtete bewaffnete Ausschreitungen. Kreishauptmann Johann Nepomuk Ebner benachrichtigte die Landrichter in Feldkirch und Bludenz über aufrührerische Elemente, die forderten loszuschlagen, man müsse die obersten Beamten erschlagen und alle anderen verjagen.

In Feldkirch sprengten liberalen Demokraten und Fabrikarbeiter unter Führung des Fabrikanten Carl Ganahl eine Sitzung der Landstände. Ganahl fordert unter großem Applaus des Publikums die Volkswahl des Landtages. Die Obrigkeit gab nach, bald darauf wurde der Landtag auf demokratischer

Basis durch Volkswahl neu gewählt. Die Landtagswahlen von 1848 waren die ersten wirklich demokratischen Wahlen in Vorarlberg überhaupt und sie blieben für ein weiteres halbes Jahrhundert auch die letzten.

Wenig später war alles wieder anders: Mit dem Sieg des Absolutismus in Wien und der am 4. März 1849 oktroyierten zentralistischen Verfassung endete die Revolution auch in Vorarlberg.

Sie blieb freilich nicht ohne Folgen: In Hinblick auf das Kaiserreich Österreich formulierte Golo Mann: „Auch Österreich kam nicht wieder zur Metternichschen Ruhe. Vor 1848 war es eine große geschichtliche Tatsache gewesen. Seit 1848 war Österreich ein beständig sich neu definierendes, prüfendes und verwerfendes Staatswesen, wie ein Kranker, der auf seinem Bett immer nach neuen Lagen sucht. Eine Krankheit des Staates, nie geheilt, immer mit neuen Mitteln traktiert und dann wieder hoffnungslos ihrem eigenen Gesetz überlassen - das ist die Geschichte der langen, langen Regierungszeit Kaiser Franz Josephs. Politische Unschuld und Unbewußtheit blieben verloren.“

Auch im Kleinen – hier in Vorarlberg – hatte sich manches verändert. Die wesentlichste Folge war eine nachhaltige Politisierung des öffentlichen Lebens. Mit dem Jahr 1848 formierte sich die Parteipolitik, formierten sich die beiden großen politischen Lager, das liberale und das katholisch-konservative. Debatten um Sachfragen wurden in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß politisiert. Ein Vorarlberger Geistlicher beklagte dies in den konservativen Tiroler Nachrichten: *„Am politischen Horizont dahier sieht es recht eigentlich sehr trübe aus. Bis in die untersten Schichten des Volkes hat sich Radikalismus eingedrungen. Ich war mehrmals Ohrenzeuge von Äußerungen, die eine grelle Unzufriedenheit mit dem Ausgange der Tendenzen des Jahres 1848 nur zu sehr bekunden.“*

Diese Entwicklung konnte die Obrigkeit nicht mehr rückgängig machen. Auch die Notwendigkeit einer Verfassung wurde zum schließlich doch akzeptierten Prinzip.

Ansonsten waren „Ruhe und Ordnung“ angesagt. Jene, die 1848 aus wirtschaftlichen Gründen Veränderungen verlangten oder zumindest ihren Unmut geäußert hatten, wurden durch den deutlich fühlbaren wirtschaftlichen Aufschwung der Fünfzigerjahre einigermaßen zufrieden gestellt. Bauernbefreiung und Ablösung grundherrlicher Lasten waren in Vorarlberg kein Thema, die Bauern hatten sich daher hierzulande ohnehin

von der Revolution ferngehalten. Die Bach'sche Verwaltungsreform gewährleistete den Ausbau von Verwaltung und Gerichtswesen im Sinne einer geregelten Staatsverwaltung. Die Bürokratie wurde zu einer tragenden Säule des neuen monarchischen Systems, die andere war das Militär. Nach 1848 steuerte Österreich in einen gleichfalls bis dahin nicht gekannten Militarismus.

Dazu kam die Gendarmerie: Da für den Anfang nicht gesichert schien, ob sich die Untertanen nach der Revolution so schnell dem Gebot nach Ruhe und Ordnung fügen würden, stellte der Staat den Beamten schon im Juni 1849 mit der Gendarmerie eine militärische Hilfstruppe zur Seite. Die Gendarmerie wurde bis in die fernsten Provinzen die vielerorts verhasste Zentralfigur der öffentlichen Verwaltung.

Die dritte Säule war die Kirche. Schon unmittelbar nach der Revolution und dem Regierungsantritt Franz Josephs I. hatte sich der österreichische Neoabsolutismus auf die Kirche als mächtigen, aus der staatlichen Obhut zu entlassenden Partner besonnen und damit mit endgültig mit dem Josephinismus, der freilich nicht nur Staatskirchentum, sondern innerkirchlich auch Reformkatholizismus war, gebrochen.

Durch die Oktroyierte Verfassung von 1849 erhielt die Kirche vor allem das Recht der Selbstbestimmung ihrer Angelegenheiten zugestanden. Die Verbindung von Thron und Altar sollte aber durch ein Konkordat gefestigt werden. Vorerst leiteten die Aprilverordnungen des Jahres 1850 ein neues kirchenpolitisches System ein. Sie machten im Wesentlichen den freien Verkehr zwischen der römischen Kurie, den Bischöfen, Klerikern und Laien möglich, die kirchliche Gerichtsbarkeit und die geistliche Strafgewalt über Laien wurde anerkannt, der Theologie- und Religionsunterricht neu geregelt. 1855 folgte das Konkordat, mit dem die Kirche die umfassende Kontrolle des Schulwesens erlangte. Eherecht und Ehegerichtsbarkeit wurden der Kirche übertragen, ebenso die Zensur über das Buchwesen. Die Rechtslage war streng, es gab keine Zivilehe, die Verleitung eines Christen zum Abfall vom Christentum und die *„Ausstreuung einer der christlichen Religion widersprechenden Irrlehre“* wurde strafrechtlich verfolgt.

Das Ende des Josephinismus zog auch den Schlussstrich unter die seinerzeit vollzogenen Klösteraufhebungen. Von diesen Maßnahmen, die vor allem den primär kontemplativen Gemeinschaften galt, sollte die Mehrereau bereits in den Achtzigerjahren des 18. Jahrhunderts betroffen sein. Dieses

Schicksal konnte jedoch durch die 1785 erfolgte Wiedereinrichtung der mit Bregenz vereinigten Pfarre Vorkloster sowie durch zahlreiche Interventionen abgewendet werden. Das bereits erlassene Aufhebungsdekret wurde als "staatsnachteilig und falsch motiviert" wieder rückgängig gemacht.

Nach dem Tod des Abtes Franciscus Hund am 8. März 1805 bemühte sich der verwaiste Konvent um die Erlaubnis zur baldigen Neuwahl eines Klostervorstehers, die das k.k. Gubernium in Innsbruck vorerst erteilte, dann aber wieder zurückzog. Ein dritter, günstiger Bescheid vom 24. Dezember 1805 kam zu spät. Zwei Tage später wurde der Friede von Pressburg geschlossen, durch den Vorarlberg und Tirol von Österreich getrennt und an Bayern abgetreten wurden.

Am 1. August 1806 hob die bayerische Regierung die Mehrerau auf, am 22. Februar 1807 wurde der letzte Gottesdienst in der Klosterkirche gehalten und am 28. Februar mussten alle Insassen das Kloster verlassen haben. Die Gebäude gingen in Privatbesitz über.

Gegen Ende des Jahres 1808 wurde der Turm der Mehrerau umgestürzt, was durchaus als Symbol des Triumphs der Aufklärung über barocke Spiritualität gedeutet werden darf, und in weiterer Folge die Klosterkirche abgetragen. Die dabei gewonnenen Steine fanden beim Bau des Lindauer Hafens Verwendung. Die Innenausstattung wurde zum Teil an andere Kirchen verkauft. Das Klostergebäude selbst diente in der Folge als Druckerei, Fabrik und Kaserne.

Eine andere Entwicklung nahm die Kirchenpolitik in der benachbarten – konfessionell freilich gespaltenen – Schweiz: Dort hatte sich der Kulturkampf zwischen konservativ-bewahrenden, mehrheitlich katholischen und liberal-fortschrittlichen, mehrheitlich reformierten Kantonen in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts deutlich verschärft. Er eskalierte bekanntlich 1848 im Sonderbundkrieg, der mit dem Sieg der Liberalen endete. In den freisinnigen Kantonen wurden – in durchaus josephinischer Tradition – staatskirchenrechtliche Programme verwirklicht. Während in Österreich das Konkordat das Schulwesen weitgehend unter kirchliche Kontrolle stellte, hob etwa der Kanton St. Gallen die konfessionellen Mittelschulen auf und gründete die paritätische Kantonsschule. Dazu kamen Maßnahmen gegen die Ordensgeistlichkeit, die insbesondere im so genannten Aargauer Klosterstreit gipfelten. Im Kanton Aargau wirkte in den 1830er Jahren eine reformierte Mehrheit mit

einflussreichen liberalen Katholiken zusammen. Im Geist der Aufklärung brachte der Große Rat 1835 die Klöster vollständig unter staatliche Verwaltung, nachdem die Regierung kurz zuvor die Aufnahme von Novizen verboten und die Klosterschulen aufgehoben hatte. Nachdem es im Zuge einer Verfassungsrevision zu Unruhen gekommen war, stellte der Katholik Augustin Keller 1841 den Antrag, alle aargauischen Klöster wegen Fortschrittsfeindlichkeit und Aufruhr aufzuheben. Der Antrag wurde mit 115 zu 19 Stimmen angenommen, er fand also auch auf katholischer Seite große Zustimmung. Betroffen davon waren acht Klöster, unter ihnen die Zisterzienserabtei Wettingen. Der Konvent unter Abt Leopold Höchle, der 24 Priester und sechs Laienbrüder zählte, musste das Kloster verlassen. Das Gebäude wurde dem aargauischen Lehrerseminar zur Verfügung gestellt.

Nach jeweils kurzem Aufenthalt im Kloster Frauental (Kanton Zug), Schloss Bonas am Zugersee und im ehemaligen Franziskanerkloster Werthenstein im katholischen Kanton Luzern, im Benediktinerkloster Engelberg und im Zisterzienserinnenkloster Wurmsbach am Zürichsee strebte der Konvent eine Verlegung ins Ausland an, wobei vor allem Bayern in Erwägung gezogen wurde. Fürs Erste scheiterte die Niederlassung in Bayern an der kaum erfüllbaren Bedingung, binnen acht Jahren ein vollständiges Staatsgymnasium zu errichten, später an der Abdankung König Ludwigs.

Angesichts der grundlegend veränderten kirchenpolitischen Situation in Österreich kam nunmehr das alemannische Vorarlberg ins Gespräch. Das ehemalige Franziskanerkloster Viktorsberg schied bald aus den Überlegungen aus, dafür trat ein anderes Objekt ins Blickfeld: das ehemalige Benediktinerstift Mehrerau. Ein Einsiedler Mönch, der noch die alte Mehrerau vor der Aufhebung gekannt hatte, gab den entscheidenden Hinweis, als Vermittler am Kaiserhof fungierte der Schaffhausener Konvertit Friedrich Emanuel Hurter, der als k. k. Hofrat und Historiograph in Wien Karriere gemacht hatte. Die kaiserliche Bewilligung traf Anfang 1854 ein, die Kaufverhandlungen mit den Eigentümern, den Lithographen Feuerstein aus Bezau, waren bald abgeschlossen.

Nun ging es Schlag auf Schlag: Am 27. März erwarb Abt Leopold die noch bestehenden Gebäude samt etwa 14 Hektar Grund und Boden. Der Kaufpreis betrug 47.000 Gulden, was annäherungsweise 650.000 Euro entsprechen würde. Am 8. Juni kam der Abt mit drei Konventualen an den Bodensee, um die nötigen Baulichkeiten instand setzen bzw. errichten zu lassen. Bereits am 18. Oktober konnte die Klostersniederlassung feierlich

eröffnet werden. Der Feldkircher Weihbischof Prünster hielt im provisorischen Oratorium, dem ehemaligen Bibliothekssaal, das Pontifikalamt, Domdekan Greith von St. Gallen, der spätere Bischof, die Festpredigt. Anwesend war unter anderem der k.k. Kreispräsident von Bregenz, Silvester Ritter von Hammerer, mit seiner Beamtenschaft. Acht Priester und drei Laienbrüder bildeten den Grundstock des neuen Konvents. Als besondere Stütze hatte sich dem Abt Pater Alberich Zwysig erwiesen, der Schöpfer des bekannten Schweizerpsalms. In den folgenden Jahren gelangen bedeutende Grundankäufe, darunter des Mehrerauer Klosterwalds. 1859 wurde die auf den Fundamenten der ältesten Basilika errichtete Kirche eingeweiht.

Wettingen folgte damit dem Vorbild der gleichfalls 1841 aus dem Aargau vertriebenen Benediktiner von Muri, einer Gründung der Habsburger, die 1845 in das verlassene Augustiner-Chorherrenstift Gries bei Bozen eingezogen waren.

Formalrechtlich war die Mehrerau ein Priorat von Wettingen, Papst Pius regelte die Verhältnisse in der Weise, dass die Mehrerau als Priorat dem Kloster Wettingen inkorporiert sein soll, der Sitz der Abtei aber bis auf weiteres in die Mehrerau verlegt sei, und zwar unter Aufrechterhaltung aller Rechte und Privilegien Wettingens.

Anlässlich der Niederlassung in der Mehrerau erhielten die Wettinger Zisterzienser die Genehmigung, wiederum eine Klosterschule zu eröffnen. Im Herbst 1854 besuchten schon sieben Zöglinge die Schule mit Internat. Zwei Jahre später wurde ein neues Pensionats- und Schulgebäude der Bestimmung übergeben. Im Schuljahr 1862/63 zählte man bereits über 50 Schüler, 1883/84 erstmals mehr als 100 Zöglinge.

Zur selben Zeit wie die Zisterzienser aus Wettingen suchte der im Jahr 1800 von Magdalena Sophia Barat in Frankreich gegründete Orden der Frauen von Sacré Coeur nach einem geeigneten Ort für eine Niederlassung am Bodensee, von dem aus in alle Anrainerstaaten gewirkt werden sollte. Hauptaufgabe der Gemeinschaft war – wie es so schön hieß – der Unterricht und die Erziehung der weiblichen Jugend und die Verbreitung der Religiosität unter den höheren Klassen der Gesellschaft.

Der Versuch einer Ansiedlung auf der Insel Mainau scheiterte. Dann kamen persönliche Beziehungen ins Spiel. Der Innsbrucker Statthalter Graf Bissingen wies seine Nichte, Gräfin Enzenberg, die deutsche

Ordenssekretärin, auf Vorarlberg hin. Zunächst wurde gleichfalls die Mehrerau ins Auge gefasst, schließlich aber im Dezember 1853 das Schlösslein Riedenburg um 45.000 Gulden – etwa 630.000 Euro – erworben. Verkäufer war kurioserweise der aus Bayern stammende Protestant Baron Ernst von Pölnitz, der später Mitbegründer der evangelischen Gemeinde in Bregenz, Vater von Wanda Pölnitz, verheiratete Douglas.

Der Kaiser genehmigte die Niederlassung am 31. Januar 1854. Schon am 24. April – bezeichnenderweise der Tag der Eheschließung Kaiser Franz Josephs mit Prinzessin Elisabeth von Bayern – wurde das Erziehungsinstitut eröffnet, im folgenden Jahr zählte die Riedenburg vierunddreißig Schülerinnen. Rasch wurden Erweiterungsbauten nötig, 1862 bis 1865 entstand die Klosterkirche.

Zwei Jahre später fanden Zisterzienserinnen aus den aufgehobenen Klöstern Kalchrein, Feldbach und Tännikon im Thurgau in Gwiggen eine neue Heimat.

Vorarlberg als eine Art Klosterreservat: Wie reagierte man hierzulande auf die neuen Orte der Spiritualität und der Bildung? Wir wissen wenig darüber. Offiziell herrschte Freude. Als Abt Leopold in die Mehrerau einzog, habe ihn die Bevölkerung von Bregenz und Vorkloster auf das freudigste und feierlichste empfangen, so dass er zu Tränen gerührt gewesen sei.

Das mag durchaus zutreffen. Von einem blühenden Kloster war in spiritueller wie auch in materieller Hinsicht einiges zu erwarten. Besonders in liberalen Kreisen dürften aber wohl auch kritische Stimmen zu hören gewesen sein, denn die Ordensniederlassungen waren selbstverständlich auch politische Manifestation mit klar restaurativer, antiliberaler Tendenz – auch als Kontrapunkt zur Kirchenpolitik der liberalen Kantone in der benachbarten Schweiz.

Der liberale Geist der Zeit war nicht religionsfeindlich an sich, er stieß sich aber vor allem am Machtanspruch und am Dogmatismus der Institution Kirche. Diesem kirchlichen Dogmatismus stand das Ideal der individuellen Entfaltung und der persönlichen Freiheit entgegen sowie die Forderung nach Gleichstellung der Religionsbekenntnisse und nach der Unterstellung der Kirche unter die Staatsgesetze.

Besonderen Anstoß bei den Liberalen erregte die weit gehende Kontrolle der Schule durch die katholische Kirche. Das betraf nicht nur die Volksschulen, sondern in Vorarlberg für mehr als ein Jahrzehnt auch das gesamte höhere Schulwesen, das aus dem 1856 von den Jesuiten übernommenen Staatsgymnasium Feldkirch, dem Collegium der Mehrerau und der einzigen Mädchenbildungsanstalt, der Riedenburg, bestand. Die Lateinschule der Mehrerau entsprach den ersten sechs Klassen eines Gymnasiums. Danach mussten bzw. konnten die Schüler ihre Ausbildung an einer anderen Schule fortsetzen – wofür in Vorarlberg bis zur Jahrhundertwende nur das Feldkircher Gymnasium zur Verfügung stand.

Auf die Politisierung des Landes im Zusammenhang mit der Revolution von 1848 habe ich bereits kurz hingewiesen. Als zahlenmäßig insgesamt stärkere Gruppe formierten sich die Konservativen, die ihre Anhängerschaft insbesondere in klein- und mittelbäuerlichen Kreisen und selbstverständlich im Klerus fanden. Sie standen dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel ihrer Zeit ablehnend gegenüber: Industrie, Gewerbefleiß, Verdienst seien die neuen Losungsworte geworden, der Fabrikant, ohnehin oft ein Reformierter, glaube, ein Mensch könne keinen wohlthätigeren Dienst erweisen, als wenn er den Armen recht viel zu verdienen gebe, dass sie besser essen und trinken können. Die Körpersorge sei in alle Schichten eingedrungen, so dass dabei das Ewige, die Sorge für das Jenseits immer mehr in den Hintergrund trete, man ver falle dem gänzlichen Unglauben, einem geschminkerten, aber ärgeren als ehemals im heidnischen Rom und im alten Griechenland. Es bestehe insbesondere ein Hunger nach falscher Freiheit. Man schimpfe die Geistlichen Pfaffen, Bäuche, Säufer und Betrüger. Alles Übel komme aus der Schweiz: die Fabrikindustrie, der Liberalismus, die Zeitungen, die neue Lebensart.

Die Liberalen fanden Zuspruch bei den Fabrikanten, den Wirtschaftstreibenden, im Bürgertum der Städte, bei einem Teil der Beamenschaft, teils auch im niederen Klerus, der das Konkordat wegen der weit reichenden Disziplinargewalt der Bischöfe scharf ablehnte, sowie bei den ländlichen Spitzengruppen. Auf ihren Fahnen standen vor allem politische Partizipation, Trennung von Staat und Kirche, laizistisches Schulwesen – gerade der Kampf um die „freie Schule“ war der Kitt dieses heterogenen ideologischen Lagers – und nicht zuletzt auch die Gleichberechtigung der im Lande vorhandenen Religionsgemeinschaften, der Katholiken, der Protestanten und der Juden. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Ernst Hanisch hat den Unterschied zwischen Katholisch-Konservativen und Liberalen kurz und prägnant beschrieben: Die Liberalen setzten dem katholischen, auf dem Glauben beruhenden Weltdeutungsmonopol ein wissenschaftliches Weltdeutungsmonopol entgegen.

Eine politische Bühne im Land selbst gab es, seit das Silvesterpatent von 1851 den letzten Rest einer Landesvertretung beseitigt hatte, vorerst nicht. Die Verwaltung unterstand der k. k. Statthalterei für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck. Die Trennung von Tirol wurde fortan politische Losung beider Lager.

Erster auch nach außen sichtbarer Erfolg war die Einrichtung einer eigenen Handelskammer für Vorarlberg. Der ursprüngliche Plan, eine gemeinsame Kammer für Tirol und Vorarlberg zu schaffen, wurde angesichts der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen schließlich fallen gelassen, denn Vorarlberg zählte bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts allein in der Industrie 16.000 Beschäftigte. Erster Präsident wurde Carl Ganahl, dessen Bestätigung durch das Handelsministerium sich allerdings wegen seines Engagements im Jahr 1848 verzögerte. Dass die Vorarlberger Handelskammer auch ein wichtiges Instrument liberaler Politik war, liegt auf der Hand.

Aber selbst die Gründung der ersten landesweiten kulturellen Vereinigung – des Vorarlberger Landesmuseumsvereins, der 1857 ins Leben gerufen wurde – gehört in diesen Kontext. Seit Jahren hatte sich Samuel Jenny intensiv mit der Erforschung des antiken Bregenz beschäftigt und groß angelegte Grabungen unternommen, die er zum überwiegenden Teil aus eigenen Mitteln finanzierte. Die Vereinsgründung schuf insbesondere für die im Rahmen dieser Untersuchungen zu Tage gebrachten Funde eine Heimstatt. Samuel Jenny war Fabrikant, zudem Ausländer aus der Schweiz – und reformiert. Die Liste des ersten Museumsausschusses liest sich wie ein Who is who der Vorarlberger Gesellschaft: Erster Obmann war der Kreis- und spätere Landeshauptmann Sebastian von Froschauer, dem Ausschuss gehörten unter anderem die Freiherrn Liebenstein, Pöllnitz und Seyffertitz, die Fabrikanten Carl Ganahl, John Sholto Douglas, Albert Rhomberg und Johann Baptist Salzmann an, später der auch der nachmalige Landeshauptmann Graf Belrupt-Tissac. Der Verein war prononciert liberal, Protestanten spielten eine wichtige Rolle, die anfänglich vorherrschende Ausrichtung auf die Erforschung der römischen Geschichte

des Landes kann als liberale Demonstration gegen die kulturellen Alleinvertretungsanspruch der katholischen Kirche verstanden werden.

1859 deponierte eine Vorarlberger Delegation in Innsbruck den ausführlich begründeten Wunsch nach einer Lösung von Tirol. Der Statthalter für Tirol und Vorarlberg, Erzherzog Karl Ludwig, schloss sich nach einigem Zögern aus drei Gründen den Vorstellungen der Vorarlberger an: zum Ersten wegen der ständischen Gliederung (Fehlen einer Adels- und Prälatenbank), zweitens wegen der eigenständigen landständischen Tradition und drittens wegen des starken liberalen Elements in Vorarlberg, das man von Tirol fernzuhalten wünschte. Gerade das dritte Argument dürfte den Ausschlag für die Zuerkennung eines eigenen Vorarlberger Landtags durch das Februarpatent von 1861 gegeben haben.

Der Landtag erhielt – unter dem Vorbehalt der jeweiligen kaiserlichen Sanktion – das Gesetzgebungsrecht in Landesangelegenheiten sowie das Recht auf Regierungs- und eigene Vorlagen. Allerdings beschränkte sich der Umfang des Tätigkeitsbereichs auf Land- und Forstwirtschaft, öffentliche Bauten, Wohltätigkeitsanstalten und den Landesvoranschlag. Dazu kam die Mitwirkung bei der Landesverteidigung, bei den Gemeinde-, Kirchen- und Schulsachen und bei der allgemeinen Landeswohlfahrt.

Als ausführendes und verwaltendes Organ des Landtags fungierte der Landesausschuss, er verwaltete das Landesvermögen, die Landesfonds und -anstalten, und leitete bzw. überwachte die Dienstleistungen des ihm unterstellten Personals. Eingeschränkt wurden seine Kompetenzen durch das Recht des Landeshauptmanns, die Ausführung von Ausschussbeschlüssen aufzuheben, die dem öffentlichen Wohl oder bestehenden Gesetzen zuwiderliefen.

Wahlberechtigt für den Landtag war nur, wer als Mann jährlich fünf Gulden oder mehr direkte Steuern leistete. Damit war ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung überhaupt von der Wahl ausgeschlossen. Einen weiteren Unterschied zum modernen Wahlrecht bildete die Einteilung der Wähler in Wahlkörper. Die aufgrund des Zensus Wahlberechtigten wurden in drei Gruppen (Wahlkörper) gegliedert, von denen jede ein Drittel der gesamten Steuersumme aufbrachte. Die wenige Vermögenden bildeten den ersten Wahlkörper, eine schon etwas größere „mittelständische“ Gruppe den zweiten und der größte Teil der Wahlberechtigten den dritten Wahlkörper, wobei jede Gruppe aber gleich viele Vertreter wählte. Die

Abgeordneten der Städte und des Marktes Dornbirn wurden direkt, die der Landgemeinden jedoch indirekt – durch Wahlmänner – gewählt. Die Stimmabgabe erfolgte weder schriftlich noch geheim, vielmehr mussten die vor der Wahlkommission versammelten Wähler nach Aufruf jene Person benennen, die ihrem Wunsch nach Abgeordneter werden sollte. Frauen waren nicht wahlberechtigt, es existierte jedoch bis 1898 ein Wahlrecht des Ehegatten für seine Frau bzw. des Bevollmächtigten für allein stehende Frauen. Ab 1909 durften immerhin selbständig steuerzahlende Frauen zu Wahl gehen.

Das Wahlrecht begünstigte also die Besitzenden – und damit die Liberalen, die bis 1870 den Landtag mit großer Mehrheit dominierten. In den ersten beiden Landtagen wurden jeweils 15 Abgeordnete dem liberalen, vier dem katholisch-konservativen Lager zugerechnet. Die herausragende Persönlichkeit des Vorarlberg Landtags bis 1870 war Carl Ganahl (Abgeordneter von 1861 bis 1885). Er galt als „unbestrittener Herrscher“ des Landesparlaments, gegen dessen Person und Linie es keine nennenswerte Opposition, weder außer- noch innerhalb des eigenen Lagers, gab. Als Sprachrohr etablierte er 1861 die „Feldkircher Zeitung“. 1863 erfolgte die Gründung der amtlichen Vorarlberg Landeszeitung, die sich zwar überparteilich gab, aber gleichfalls liberal geprägt war.

Ganz dem liberalen Geist entsprachen die von der Landtagsmehrheit beschlossenen Ausführungsgesetze zum Reichsvolksschulgesetz von 1868, das die Bestimmungen des Konkordats übergang und die Kontrolle über das Unterrichtswesen an Volks- und Mittelschulen der Kirche aus der Hand nahm. Sie beließen zwar Vertretern der Kirche Sitz und Stimme in den Orts- und Bezirksschulräten sowie die Durchführung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes, gingen aber sonst konsequent vom Grundsatz der staatlichen Aufsicht über das Schulwesen aus.

Ein von die Liberalen besonders gefeierter Coup gelang im selben Jahr: Auf Antrag des Landtages entzog das Unterrichtsministerium dem Jesuitenorden die Führung des öffentlichen Obergymnasiums in Feldkirch, die in dieser Form nicht gesetzeskonform gewesen war.

Damals wurde auch die Zivilehe eingeführt. Mit alledem waren die von der Geistlichkeit angeführten Konservativen aufs Höchste herausgefordert und traten zum offenen, mit der Mobilisierung der Bevölkerung eingeleiteten

Kampf an. Nahezu 14.000 Unterschriften gegen das neue Schulaufsichtsgesetz wurden gesammelt.

Eine österreichweit herausragende Gestalt auf katholischer Seite war der Linzer Bischof Rudigier, ein gebürtiger Vorarlberger. Er forderte die Gläubigen in einem Hirtenbrief auf, die Staatsgesetze einfach zu ignorieren. Den Klerus wies er an, nach den bisherigen kirchlichen Normen vorzugehen. Als Rudigier vom Linzer Landesgericht aufgefordert wurde, sich wegen Anstiftung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt zu verantworten, erklärte er das weltliche Gericht für unzuständig. Die darauf folgende Verhaftung des Bischofs und seine Verurteilung zu vierzehn Tagen Arrest führte zu einem Proteststurm der österreichischen Katholiken, den auch die tags darauf folgende Begnadigung durch den Kaiser nicht zu besänftigen vermochte.

Der erste Kampf in einer religiösen Frage, der auf Vorarlberger Landtagesebene mit großer Schärfe ausgetragen wurde, hatte der Glaubenseinheit gegolten. Zwischen 1835 und den Fünfzigerjahren waren mehrere Gesuche um Erlaubnis zur Errichtung eines evangelischen Betsaals bzw. einer Kapelle und eines Friedhofs für die inzwischen annähernd 400 in Vorarlberg, vor allem in der Bregenzer Gegend lebenden Protestanten abgelehnt worden. Als nach der Ära des Neoabsolutismus, die die Signatur des Konkordats von 1855 trug, das Protestantenpatent 1861 die konfessionelle Gleichstellung proklamierte, erhob sich im Westen Österreichs prompt der scharfe Protest katholischer Kreise.

Im konservativ dominierten Tirol legte der Landtag durch Landesgesetz fest, dass die öffentliche Religionsausübung einzig der römisch-katholischen Kirche vorbehalten bleibt, die Bildung nichtkatholischer Pfarrgemeinden für unzulässig erklärt wird und schließlich dass Nichtkatholiken vom Liegenschaftserwerb praktisch ausgeschlossen werden.

In Vorarlberg sollte es schwieriger werden, denn im soeben gewählten Landtag hatten die Liberalen die Mehrheit. Dennoch startete der Dornbirner Arzt und Abgeordnete Dr. Josef Anton Ölz eine groß angelegte Glaubenseinheitsinitiative, mit dem Ziel, den Landtag zu einer Ausnahmeregelung nach dem Tiroler Vorbild zu bewegen. Der Bregenzer Stadtpfarrer Gassner meinte in einer Stellungnahme, die Protestanten würden sich in einer fromm geschmückten katholischen Kirche und bei einem feierlichen Gottesdienst ohnehin wohler fühlen als in einer ödern

leeren evangelischen Kirche. Generalvikar Prünster führte aus, dass sich durch ein „*evangelisches Pastorat mitten unter den Katholiken eine ihnen prinzipiell abgeneigte, feindselige Genossenschaft bilden würde, die mit ihrem Reichthume, mit ihrem Einflusse, den einige Fabrikbesitzer und Arbeitgeber auszuüben vermögen, und mit ihren falschen Religionslehren nur sehr verderblich auf die katholische Volksmasse einwirken*“ würde. Die Ölzsche Petition, die zur Unterschrift umlief, lautete:

„Hoher Landtag! Wir wollen, dass unsere Abgeordneten, denen wir die Wahrung der heiligsten Angelegenheit des Landes zuversichtlich anvertraut haben, in ernster Würdigung der großen Gefahr, welche uns im Besitze unserer alten von den Vätern ererbten Rechte bedroht, sich bei Seiner Apostolischen Majestät eiligst und kräftigst dahin verwenden, dass dem Lande Vorarlberg die Glaubenseinheit erhalten werde, und die Protestanten von der Ansäßigmachung ausgeschlossen bleiben.“

Der Aktion war kein Erfolg beschieden. Das Vorgehen von Dr. Ölz wurde als gesetzwidrig erklärt, der Arzt in erster Instanz wegen Verhetzung verurteilt, später allerdings in höchster Instanz freigesprochen. Noch 1861 entstand in Bregenz die Evangelische Gemeinde in Vorarlberg.

Es ging nicht ausschließlich um die angesichts von 400 Protestanten und etwa gleich vielen Angehörigen der israelitischen Gemeinde in Hohenems ohnehin nicht vorhandenen Glaubenseinheit, sondern um Politik, um die Mobilisierung der Bevölkerung gegen die liberalen Eliten, zu denen auch die Proponenten der evangelischen Gemeinde gehörten: Baron Pöllnitz, Melchior und Samuel Jenny, Ferdinand von Schwerzenbach, Jakob Weberbeck, um nur einige der Bregenzer zu nennen.

Eine liberale bzw. eine konservative Partei gab es zunächst freilich nicht, die politischen Lager wiesen anfangs nur einen geringen Organisationsgrad auf. Das sollte sich erst im Verlauf der Sechziger Jahre ändern.

Der Zusammenschluss der konservativen Kräfte zu einer Gemeinschaft, deren Auftreten das politische Klima in Vorarlberg nachhaltig verändern sollte, erfolgte nach einem Vorbild aus dem Großherzogtum Baden in Form von Ortszirkeln, so genannten „Kasinos“. 1867/68 wurde die erste Einrichtung dieser Art in Bregenz unter führender Beteiligung des Klerus ins Leben gerufen. Damit war eine Kettenreaktion ausgelöst, die zuerst Vorarlberg, dann Tirol und schließlich die meisten anderen Kronländer erfasste. Die über das ganze Land verstreuten Kasinos bildeten zwar

wichtige Zellen der politischen Arbeit, bis 1870 fehlte den Konservativen aber eine parteiliche Struktur. Zu diesem Zweck wurde 1870 der katholisch-politische Volksverein gegründet, der unter Johannes Thurnher und seinem Stellvertreter Johann Kohler zu einem schlagkräftigen politischen Instrument wurde.

Mit dem „Vorarlberger Volksblatt“ schufen die Konservativen 1866 ein zunehmend militantes Gegengewicht zur liberalen „Feldkircher Zeitung“. Dem konservativen Lager gelang aufgrund der neuen Organisationsstruktur die Mobilisierung breiterer Bevölkerungskreise, insbesondere von Kleinbürgern und Bauern. Parteilichkeit wurde zum bis dahin unbekanntem Massenphänomen. Die Liberalen dagegen rekrutierten sich weiterhin überwiegend aus dem Groß- und Bildungsbürgertum sowie aus ländlichen Oberschichten. Auch die Gründung des „Vereins der Verfassungsfreude“ 1868 konnte die liberale Basis nicht mehr entscheidend verbreitern. Dennoch: der überwiegende Teil des wohlhabenden Bürgertums blieb liberal, ebenso ein Teil der Handwerker in den Städten sowie der Beamtschaft.

Die Wahl des Jahres 1870 veränderte die Mehrheitsverhältnisse im Vorarlberger Landtag schließlich grundlegend und dauerhaft: Von nun an gehörten nur mehr vier (von 1878 bis 1884 drei) Abgeordnete der liberalen Fraktion an, ab 1909 noch zwei. Die Liberalen siegten normalerweise in den drei Städten Bregenz, Feldkirch und Bludenz sowie in der Handelskammer, die einen Abgeordneten stellte. Sozialdemokratische Abgeordnete waren im alten Vorarlberger Landtag übrigens nie vertreten. Zwar fasste die Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre in den ursprünglich auf liberale Initiative gegründeten Arbeiterbildungsvereinen Fuß, sie konnte sich jedoch unter dem Druck der Behörden vorerst kaum entwickeln.

In einer ersten spektakulären Aktion verlangte die neue konservative Landtagsmehrheit 1871 vom Kaiser die Aufhebung der Gesetze über Ehe und Schule, durch die die Zivilehe ermöglicht, der Kirche die Aufsicht über das Unterrichts- und Erziehungswesen entzogen sowie Religionswechsel und gemischte Ehen erlaubt wurden. Der Kulturkampf war nun auch in Vorarlberg eröffnet.

Obwohl die Katholisch-Konservativen von 1870 an Landtag und Landespolitik klar dominierten, gelang es ihnen noch längere Zeit nicht, den

Landeshauptmann zu stellen. Auf den Beamten Sebastian von Froschauer, der das Amt von 1861 bis 1873 innehatte, ernannte der Kaiser wiederum einen Liberalen, den aus Bludenz gebürtigen Advokaten Dr. Anton Jussel. Ein liberaler Landeshauptmann würde – so argumentierte man – am ehesten ein einigermaßen erträgliches Verhältnis zwischen Wien und Bregenz ermöglichen. Auch nach Jussels Tod und den für die Liberalen wiederum ungünstig ausgegangenen Landtagswahlen von 1878 kamen die Klerikalen nicht zum Zug. Der Kaiser ernannte den Grafen Carl von Belrupt-Tissac zum Landeshauptmann, da, wie der Statthalter von Tirol und Vorarlberg unter anderem ausführte, sich im Kreise der konservativen Abgeordneten keine geeignete Person finde. Belrupt entstammte einem ursprünglich lothringischen Adelsgeschlecht, das später in Böhmen, Mähren und Schlesien begütert war; er schlug zunächst die Offizierslaufbahn beim Heer, dann bei der Gendarmerie ein. 1852 quittierte Rittmeister Graf Belrupt den Dienst, ließ sich als Gutsbesitzer in Lochau bei Bregenz nieder und widmete sich vor allem der Förderung der Landwirtschaft. Der Vorarlberger Landwirtschaftsverein entstand auf seine Initiative. Die politische Objektivität Belrupts in seiner Funktion als Vorsitzender des Landtags fand schließlich auch Anerkennung durch die Landtagsmajorität, deren Presse die Ernennung des *„schlesischen Feudalen tschechischen Geblüts“* anfangs scharf kritisiert hatte. 1890 lehnte Graf Carl Belrupt-Tissac - aus gesundheitlichen Gründen - die neuerliche Annahme eines Landtagsmandates ab und kam somit als Landeshauptmann nicht mehr in Frage.

Da sich nunmehr auf liberaler Seite kein Kandidat fand, der dem Anforderungsprofil von Statthalterei und Regierung entsprochen hätte, ging das Amt erstmals an die Konservativen über. Im September 1890 ernannte der Kaiser den Abgeordneten Adolf Rhomberg aus der Dornbirner Textilindustriellenfamilie Herrburger-Rhomberg. Entgegen den Gepflogenheiten der Vorarlberger Unternehmerkreise des 19. Jahrhunderts tendierte Rhomberg nicht zum liberalen Lager, sondern engagierte sich für die katholisch-konservative Partei.

Der Ton war rau, die Konfrontationen wurden mit bemerkenswerter Härte geführt. Was heute gelegentlich an Stil und Form der politischen Auseinandersetzungen beklagenswert scheint, ist gegenüber dem der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geradezu ein lindes Maienlüftchen. Insbesondere die beiden Parteimedien – Volksblatt und Feldkircher Zeitung

– bieten auch aus moderner Sicht manche Deftigkeit und zahllose hitzige, emotionsgeladene Debatten.

Aber auch innerhalb der politischen Lager gab es tief greifende Richtungskämpfe. Die Konservativen und ihre Landtagsfraktion waren seit etwa 1880 in eine gemäßigte, an einer engen Anlehnung an die höheren Hierarchieebenen der Kirche interessierten Gruppierung und einen radikalen Flügel gespalten. Während Adolf Rhomberg für die Gemäßigten stand, waren die Abgeordneten Johannes Thurnher, Dr. Josef Anton Ölz sowie Johann Kohler Exponenten der Radikalen. Diese Zwistigkeiten fanden auf Landtagsebene ihren deutlichsten Ausdruck im so genannten „Bistumsstreit“. Johannes Thurnher brachte im November 1887 im Vorarlberger Landtag eine von mehreren Geistlichen des Landes unterzeichnete Petition ein, in welcher die Lösung Vorarlbergs vom Brixener Bistumssprengels und die Errichtung einer eigenen Diözese gefordert wurde. Eine knappe Mehrheit der Abgeordneten entschied sich für die Einsetzung eines Bistums-Ausschusses. Die Auseinandersetzungen über diese Frage führten zu einer massiven Entfremdung des hohen Klerus, der in der Handlungsweise Thurnhers und seiner Mitstreiter die Gefahr einer Demokratisierung der Kirche sah, von den führenden Kreisen der Partei. Dem Auftreten des späteren Vizekanzlers Jodok Fink, der damals als Vorsteher der Gemeinde Andelsbuch am Beginn seiner politischen Laufbahn stand, verdankten die Katholisch-Konservativen schließlich die Beilegung des Konflikts, der in weiterer Folge Anlass zu einer politischen und organisatorischen Neuorientierung bot. 1893 entstand der „Christlichsoziale Volksverein für Vorarlberg“, der schließlich von 1896 an als Christlichsoziale Partei auftrat.

Bei den Liberalen kam es im ausgehenden 19. Jahrhundert zu Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern einer liberal-demokratischen Parteilinie in der Tradition der bürgerlichen 1848-Liberalen und einem rasch an Einfluss gewinnenden deutschnationalen Flügel auf, der 1897 den „Deutsch-freisinnigen Verein“ und 1898 den „Deutschen Volksverein für Vorarlberg“ gründete.

Damit sind wir aber bereits am Ende des 19. Jahrhunderts angelangt, das die Historiker heute gerne das „lange“ 19. Jahrhundert nennen, weil es letztlich erst mit dem Ersten Weltkrieg zu Ende ging. Viel hatte sich auch im kleinen Vorarlberg getan. Aus den vier Herrschaften vor dem Arlberg war endgültig ein selbstbewusstes Land geworden, das durch die

Industrialisierung einen enormen, für Teile der Bevölkerung schwer zu verkraftenden Modernisierungsschub erfahren hatte. Es war ein durch und durch politisches Land geworden mit zwei sich in harter Konfrontation begegnenden Lagern. Im Kleinen spiegelte sich auch hier die politische Entwicklung wieder, die es auf größeren Bühnen gab. Und so zählen auch die Klostersniederlassungen in Bregenz, das übrigens – bis 1929 – die letzte liberale Hochburg des Landes geblieben ist, mit in den Kontext der politischen Geschichte.